

Wahl-Verbündete Schnur, Kohl: „Das sind Männer, die Ihr Vertrauen verdienen“

„Das war 'ne Top-Quelle“

Schwere Vorwürfe gegen den Chef des „Demokratischen Aufbruchs“ in der DDR Wolfgang Schnur. Der Anwalt – und Verbündete Kohls im Wahlkampf – soll über

Jahre bezahlter Mitarbeiter der Staatssicherheit gewesen sein, Deckname „Torsten“. Das behaupten Aktenkennner in Rostock und zwei frühere Stasi-Offiziere.

Mit dem Gewicht seines Namens und der Autorität seiner Ämter verbürgte sich Helmut Kohl im DDR-Wahlkampf für Sache und Personen der konservativen „Allianz für Deutschland“. An der Seite der drei Vorsitzenden des von ihm zusammengezimmerter Bündnisses von Ost-CDU, Demokratischem Aufbruch (DA) und Deutscher Sozialer Union (DSU) pries er in Erfurt, Chemnitz, Magdeburg den Wählern die Verlässlichkeit seiner neuen Parteifreunde Lothar de Maizière (Ost-CDU), Wolfgang Schnur (DA), Hans-Wilhelm Ebeling (DSU).

„Das sind Männer“, so Kohls Standardsatz, „die Ihr Vertrauen verdienen.“

Daß er da vielleicht die Unwahrheit sprach, wußte der Kanzler seit längerem.

Am vergangenen Freitag in Rostock fehlte DA-Chef Schnur an der Seite Kohls. Schnur habe einen Kreislaufkollaps erlitten, hatte seine Partei am Tag zuvor mitgeteilt. Es sah nach Flucht in eine Krankheit aus – um zu retten, was vom Ruf des Kohl-Verbündeten und seiner Partei so kurz vor der Volkskammerwahl noch zu retten sein mag.

Schnurs Ruf als Anwalt von Bürgerrechtlern und Mann der evangelischen Kirche im SED-Staat und, seit Sommer letzten Jahres, als Demokrat und Chef des DA geriet in Gefahr, seit ein unabhängiger Untersuchungsausschuß von nicht-parteigebundenen Bürgern in Rostock auf Akten des Ministeriums für Staatssicherheit gestoßen war, wonach

der Jurist und Kirchenfreund Schnur für viele Jahre Stasi-Spitzel war und dafür auch Orden erhalten hat.

Von seinem Krankenlager aus ließ Schnur am Donnerstag mittag – nach einer Krisen-Nachtsitzung des DA-Vorstands – von DA-Minister Rainer Eppelmann eine Mitteilung verlesen: „Ich erkläre hiermit verbindlich, ich habe nie für die Staatssicherheit gearbeitet, ich habe nie einen Orden des Ministeriums für Staatssicherheit empfangen.“

Eppelmann, der sich selber vor Ort kundig gemacht hatte, räumte zugleich ein, die Untersuchungskommission genieße „in Rostock allgemeine Achtung und Anerkennung“. Und „daß Wolfgang Schnur Unterhändler der Staatssicherheit war“, auch dies gab Eppelmann unter Bezug auf die Rostocker Rechercheure zu, „das gibt diese Aktenlage, soweit sie das überblicken können, ganz deutlich her“.

Was tun? Den entscheidenden Zeitgewinn bis zur Wahl mag Schnur, wenn er denn zu Recht beschuldigt wird, ein Beschluß des DDR-Ministerrats verschaffen, daß alle Stasi-Akten erst einmal – bis zu einem Gerichtsverfahren – unter Verschuß bleiben sollen; und wenn er zu Unrecht verdächtigt wird, müßte er sich so lange gedulden.

Im Vertrauen darauf lehnte es der DA-Chef ab, dem SPIEGEL zu Hinweisen auf seine Stasi-Aktivitäten Rede und Antwort zu stehen. Schnur: „Zeigen Sie mir die Akten.“

Daß sein Schicksal auf des Messers Schneide stand, wußte der 45jährige spätestens seit Eingang eines anonymen Schreibens vom 3. Januar beim Runden Tisch, in dem mitgeteilt wurde, „daß Rechtsanwalt Schnur seit mindestens 1970/71 als inoffizieller Mitarbeiter für das MfS, BV (Bezirksverwaltung, d. Red.) Rostock, Abt. XX, unter dem Decknamen Torsten tätig war“.

Zu diesem Zeitpunkt war Schnur schon Chef des Demokratischen Aufbruchs. Zudem schien damals gesichert, daß sich beweiskräftige Unterlagen nicht finden würden. Die jetzt aufgetauchten Akten in Rostock aber bestätigen die Angaben des anonymen Briefschreibers.

Aus Bonn kam sogleich Schützenhilfe vom großen Bruder. Für CDU-Generalsekretär Volker Rühle war alles klar: „Nun wird auf die schäbige alte Stasi-Methode des Ehrabschneidens zurückgegriffen.“

Klar ist nur, daß ein Mann schwer belastet ist, der neuer Ministerpräsident der DDR werden will. Und wie sollte die Stasi, seit Dezember im Auflösungsprozeß, die Schnur-Akten im nachhinein produziert oder verfälscht haben?

Die MfS-Zentrale in Rostock, wo Schnur bis 1989 als Anwalt wirkte, war in der Nacht zum 5. Dezember 1989 besetzt und versiegelt worden. Beim Sortieren wurden jetzt Akten entdeckt, die Schnurs Klarnamen und seinen Decknamen „Torsten“ enthielten. Der Ausschluß hat eindeutige Hinweise, daß min-

destens 20 Aktenhefter mit Spitzel-Berichten vorhanden sind.

Ist Kanzler Kohl wissentlich ein hohes, ein zu hohes Risiko, bei seinem Partner eingegangen?

Der Bonner Regierungschef war schon vor Wochen gewarnt worden. Das Bundesinnenministerium hatte das Kanzleramt unterrichtet, nach Erkenntnissen der Bonner Abwehr könne nicht ausgeschlossen werden, daß Schnur vor kurzem noch MfS-Mitarbeiter war.

Mehrere Stasi-Überläufer hätten, so die Mitteilung, bei ihrer Einvernahme Schnur wegen jahrelanger verdeckter Zusammenarbeit mit Staatssicherheitsstellen belastet. Schnur sei wegen seines besonderen Vertrauensverhältnisses zu Oppositionellen und seiner engen Kontakte zu Kirchenkreisen ein wertvoller Informant über Regime-Gegner gewesen.

Kohl entschloß sich, die Warnung zu mißachten. Die bundesdeutschen Sicherheitsexperten erklärten sich außerstande, die Vorwürfe auf ihre Stichhaltigkeit zu überprüfen. Auf einen bloßen Verdacht hin mochte der Kanzler nicht auf Distanz zu einem Verbündeten gehen, den er im Wahlkampf gegen die nach Umfragen vorn liegenden Sozialdemokraten brauchte.

Dabei wußte Kohl genau, welche verheerende Folgen für Schnur und die gesamte konservative Allianz ein solcher Verdacht haben muß. Nach wie vor herrscht in jenem gerade noch von der Stasi durchseuchten Staat eine Atmosphäre des allgemeinen Mißtrauens.

Schon im letzten Dezember waren, allerdings anonyme, Hinweise am Runden Tisch eingegangen. Zweifel an Schnur waren in der Führung der Bonner CDU durch besorgte Anfragen aus dem Führungskreis des DA geweckt worden, ob es dunkle Flecken im Vorleben ihres Vorsitzenden gebe. Man entschied sich, beim neuen Partner den Verdacht offen anzugehen. CDU-Generalsekretär Rühle und der Bremer CDU-Landesvorsitzende Bernd Neumann berichteten, es sei „in genereller Form“ über das Problem geredet worden. Der Beschuldigte habe ein völlig reines Gewissen. Neumann gab zu bedenken, daß ein DDR-Anwalt seinen Mandanten, darunter Fluchtwilligen, nur helfen konnte, „indem er sich mit den Herrschenden arrangierte, irgendwie mal was vereinbarte“. Bei einem vertraulichen Gespräch der drei „Allianz“-Anführer mit Kohl im Kanzleramt am vorletzten Donnerstag wurden „die Gerüchte“ (Rühle) besprochen – ohne Konsequenzen.

Vier Tage später, am Montag voriger Woche, wurde Schnur von dem Rostocker Ausschuß zur Sicherung und Sichtung der Akten aus der ehemaligen Stasi-Bezirksverwaltung durch Anruf bei seiner Berliner Sekretärin zur Vernehmung gebeten. Schnur, auf Wahlkampftour in der DDR, meldete sich nicht.

Am Dienstag mittag sprach daraufhin eine dreiköpfige Abordnung des Untersuchungsausschusses in der DA-Geschäftsstelle in Rostock vor: Durch einen „Zufallsfund“ sei man auf Akten gestoßen, die den Verdacht gegen Schnur, „inoffizieller Mitarbeiter“ der Stasi gewesen zu sein, „eindeutig bestätigt“ hätten.

Man sei, so das Trio weiter, an einer unauffälligen Bereinigung des Falles in-

Ermittler sollten vorab schon mal Akten herausgeben, zu denen er dann Stellung nehmen wollte. Das lehnte der Ausschuß ab und lud Schnur für Mittwochabend erneut vor – wieder vergebens. Eppler: „Um dem Demokratisierungsprozeß nicht weiter zu schaden, habe ich Herrn Schnur persönlich gebeten, seine Spitzenkandidatur zur Disposition zu stellen.“

Der „Zufallsfund“ des Rostocker Komitees ist nach Angaben aus dem Gremium „von höchster Brisanz“. Nach dem Stasi-Aktenmaterial soll Schnur

▷ etwa 16 Jahre lang bis in jüngste Zeit der Staatssicherheit regelmäßig über Erkenntnisse im Umgang mit seinen Mandanten aus dem Kreis von Wehr-



Schnur, Stasi-Offiziere*: „Zeigen Sie mir die Akten“

interessiert. Die Ausschußmitglieder hätten sich zum Stillschweigen gegenüber der Öffentlichkeit zu Erkenntnissen verpflichtet, die aus Sichtung der Stasi-Hinterlassenschaft zu gewinnen seien; Schnur möge von sich aus Konsequenzen ziehen.

DA-Geschäftsführer Karl-Ernst Eppler, aufs höchste alarmiert, entsandte einen Boten nach Magdeburg, wo Schnur am Dienstagabend gemeinsam mit Kohl einen Wahlkampfauftritt bestritt. Schnurs Reaktion: Er werde dem Ausschuß zu gegebener Zeit – wenn es ihm seine Wahlkampfverpflichtungen erlaubten – Rede und Antwort stehen. Die

* Mit Demonstranten und Journalisten in der Leipziger MfS-Zentrale am 4. Dezember 1989.

** Namen von der Redaktion auf Wunsch der Betroffenen geändert.

dienstverweigerern und Bürgerrechtlern sowie über Interna der evangelischen Kirche der DDR berichtet haben;

▷ Auszeichnungen und Orden erhalten haben, in deren Begründungen auch ausdrücklich die Informationen Schnurs aus dem kirchlichen Bereich als wertvoll gewürdigt werden;

▷ unter dem Decknamen „Torsten“ im Lauf der Jahre nacheinander mit mindestens drei Stasi-Führungsoffizieren namens Kuhfahl**, Felix** und Geiger** zusammengearbeitet und Geldzuwendungen erhalten haben.

In den Akten über die Auszeichnungen ist Schnur mit Klarnamen benannt. Die Akten mit seinen Berichten sind unter dem Decknamen „Torsten“ geführt, die Zuordnungen der Informationen zu

Schnur aber eindeutig möglich. Anhand zahlreicher Beispiele lasse sich nachweisen, so die Auskunft aus dem Ausschuß, daß nur er über derlei Wissen verfügen konnte. Schnur habe weit mehr Informationen geliefert, als es mit einer Mittlerrolle des Anwalts zwischen seinem Mandanten und der Kirche einerseits und dem Regime andererseits zu vereinbaren gewesen wäre.

Führungsoffizier Felix, bei Auflösung des MfS im Rang eines Oberst, berichtete am vorigen Montagabend dem SPIEGEL über seine Zusammenarbeit mit dem Anwalt: Er habe Schnur als „inoffiziellen Mitarbeiter“ – im Stasi-Jargon „IM“ – von MfS-Offizier Ekkehard Kuhfahl übernommen, der wegen dienstlicher Verfehlungen gefeuert worden sei. „Ich habe Schnur dann“, so Felix, beim Stasi Rostock für Nazismus, reaktionäre Kräfte und Kirchen zuständig, „von Ende '80 bis '84 geführt.“

Jeweils nach telefonischer Vereinbarung – „mal habe ich in seinem Büro, mal er in meiner Dienststelle angerufen“ – habe man sich „so im Durchschnitt alle sechs bis acht Wochen gesehen“, in dringlichen Fällen häufiger, und zwar meist in konspirativen Wohnungen in und um Rostock oder auch mal im Ost-Berliner Hotel „Stadt Berlin“.

Schnur habe teils schriftlich ausgearbeitete Berichte mitgebracht, teils während der Treffs auf das Tonbandgerät gesprochen. Berichte und Protokolle seien dann in der Rostocker Dienststelle „gerafft“ worden, sein Dienstvorgesetzter habe entschieden, „was davon, natürlich immer unter Decknamen ‚Torsten‘, an die Zentrale in Berlin ging“.

Felix gab an, er habe Schnur für seine Dienste bezahlt – „so 200 oder 500 Mark“. Mal seien es auch 1000 DDR-Mark für mehrere Berichte gewesen. Schnur habe den Empfang mit „Torsten“ quittiert, „manchmal auch nicht, das stand in meinem Ermessen“.

Über den Inhalt der Lieferungen des Spitzels mochte Felix nur allgemeine Aussagen machen: „Torsten“ habe sich stets bemüht, „sachdienliche Auskünfte“ zu geben. Felix:

Schnur war ja auch für die Wehrdienstverweigerer tätig. Er hatte zu einer Anzahl Pfarrern Kontakte. Er hat uns Informationen geliefert zu bestimmten Verfahren, mit denen er beauftragt war. Er hat uns berichtet über Tendenzen und Verbindungen im Zusammenhang mit diesen Verfahren und seinen Mandanten.

Und weiter erinnerte sich der Stasi-Offizier: „Schnur hat uns über die Rolle

der Kirche und ihre allgemeine Lage sehr sachlich berichtet. Er hat bestimmte Dinge eingeschätzt, über kirchliche Führungspersonlichkeiten und über ihr Verhältnis zum Staat“ – etwa über den Greifswalder Bischof, Horst Gienke, und über den Konsistorialpräsidenten von Berlin-Brandenburg, Manfred Stolpe.

Zuweilen aber war das MfS auch unzufrieden: „Über die Wehrdienstverweigerer hat er damals nicht das gebracht, was uns interessiert hätte.“ Ihm seien sogar Zweifel gekommen, nicht zuletzt wegen der vielen West-Reisen Schnurs, ob der Anwalt vielleicht auf beiden Schultern trage. „Ich stellte mir die Frage, führen wir Schnur, oder führt Schnur uns – im Auftrag des BND?“ Eine Antwort gab, vielleicht, der Parla-

Schnur war zu dieser Zeit bereits im Demokratischen Aufbruch aktiv, der sich im August 1989 gegründet hatte. Pfarrer Eppelmann, mit Schnur seit vielen Jahren befreundet, hatte ihn in den achtköpfigen DA-Gründerkreis als Rechtsberater eingeführt. Die Stasi war also – treffen Geigers Angaben zu – von Anbeginn auf dem laufenden.

Schnur warnte wiederholt davor, die politische Vereinigung in eine Partei umzuformen. Bei den DA-Zusammenkünften betonte er, er strebe im DA keine führende Position an, sondern wolle sich auf juristischen Beistand beschränken. Dann war er plötzlich der Vorsitzende. Den Delegierten der konstituierenden Versammlung Ende Oktober hatte seine zurückhaltende Redeweise gefallen, dazu kam sein Nimbus als Anwalt der Verfolgten.

Im Zeitraum August/September, als die demokratische Bewegung in der DDR wuchs, hat Schnur nach Angaben von Führungsoffizier Geiger versucht, vom Stasi loszukommen. Schnur habe ihm gegenüber mehrfach „Fehlentscheidungen“ der Staats- und Parteiführung kritisiert. „Das ist doch alles Blödsinn, das hat doch keinen Zweck“, seien Schnurs Worte gewesen. Seitens des MfS sei ihm daraufhin bedeutet worden, man dürfe, „wenn etwas schiefgeht, nicht gleich die Flinte ins Korn werfen“ (Geiger).

Aussage gegen Aussage: Schnur gibt jetzt an, wenn in den vom Rostocker Untersuchungsausschuß sichergestellten Akten stehe, ihm sei am 7. Oktober 1989 eine Auszeichnung des MfS verliehen worden, so könne dies schon deshalb nicht stimmen, weil er an diesem Tag nicht in Rostock gewesen sei. Geiger dagegen: Anfang Oktober sei „Torsten“ die „Verdienstmedaille der Nationalen Volksarmee“ in Gold zum 7. Oktober verliehen worden.

Auch Geiger bezichtigte Schnur, als „wichtiger Informant“ regelmäßig Stasi-Geld genommen zu haben: Für gute Leistungen habe es Prämien gegeben, außerdem Spesen für Hotel und Benzin. Auch Geiger nannte Beträge „bis zu 1000 Mark“. Und immer sei es darum gegangen: „Alles, was uns interessierte und womit er zu tun hatte, war Gesprächsgegenstand. Alle Dinge, die aktuell waren, konnten wir von ihm erwarten.“

Der Anschein spricht dafür, daß Schnur von Beginn seiner Anwaltskarriere an durch das MfS gesteuert und gefördert wurde. 1973, nach Jura-Fernstudium und einjährigem Praktikum, bewarb er sich um Aufnahme ins Rostocker Anwaltskollegium. Erich Wirth, zu jener Zeit im Ost-Berliner Justizministerium als Abteilungsleiter für Anwälte zuständig, berichtete, er habe damals vom Vorsitzenden des Kollegiums, Helmut



Schnur-Wahlplakat mit Überkleber
Wertvoller Informant?

mentarische Staatssekretär im Innerdeutschen Ministerium, Otfried Hennig: Schnur habe jahrelang als Informant für die Bundesregierung gearbeitet und Bonn über rechtswidrige politische Strafverfahren gegen DDR-Bürger unterrichtet. Damit habe er eine lebenslange Freiheitsstrafe riskiert.

1984 dann habe er, so Felix, IM „Torsten“ an MfS-Major Geiger weitergereicht, der ihn wohl „bis zuletzt betreut“ habe.

Geiger, nach Auflösung des MfS in einem Rostocker volkseigenen Betrieb als Abteilungsleiter untergeschlüpft, bestätigte dem SPIEGEL, er habe Schnur von 1984 bis 1989 als Stasi-IM geführt. Sein letzter Treff mit „Torsten“ sei, mitten im Umbruch in der DDR, am 7. Oktober 1989 gewesen.

Alkewitz, erfahren, die Bezirksdienststelle Rostock des MfS habe sich für Schnur eingesetzt. Wirth: Die „Organe“ hätten erklärt, Vorsitzender und Vorstand des Kollegiums „mögen die Gelegenheit wohlwollend prüfen“.

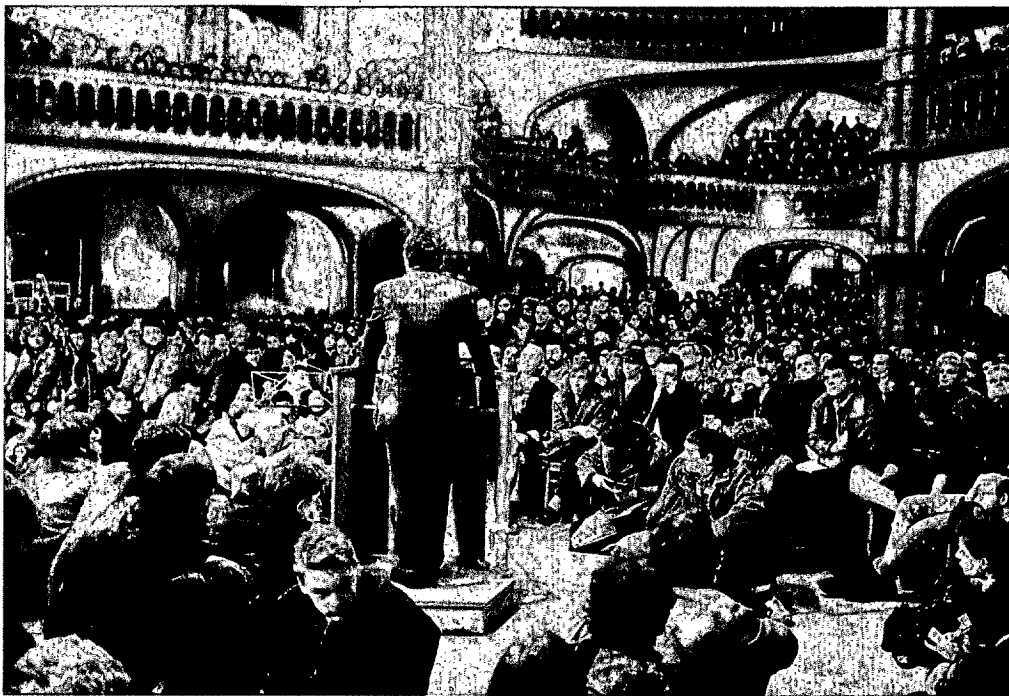
Das MfS trat auch wieder auf den Plan, als sich Schnur 1977 um Zulassung als Einzelanwalt bewarb – in jenen Tagen ein schier aussichtsloses Unterfangen. Herbert Kern, bis 1988 Staatssekretär im Justizministerium, war für Schnurs Antrag zuständig. Er erinnert sich: „Das Entscheidende ist, und deshalb ist mir das so im Gedächtnis geblieben, daß zwei oder drei Wochen vor dem Antrag von Schnur ein Mitarbeiter vom Ministerium für Staatssicherheit bei mir war. Das muß ein Oberleutnant gewesen sein. Der kam zu mir im Auftrag seiner Vorgesetzten, wie er sagte, und avisierte diesen Antrag und bat darum, daß wir diesen Antrag sehr wohlwollend prüfen und in seinem Sinne entscheiden sollten.“

So geschah es dann. Zum 1. Januar 1978 wurde Schnur die Zulassung erteilt. Und seitdem gilt der Rostocker Jurist, der im Antrag sein „Glaubensbekenntnis als Christ“ betonte, als Vertrauensanwalt der evangelischen Kirche. Wo immer Kirchen-Aktivistinnen und die von den Bischöfen in Schutz genommenen Bürgerrechtler mit dem SED-Staat in Konflikt gerieten, war Schnur zur Stelle, um die Verfolgten gegenüber der DDR-Justiz zu vertreten. Da die Beschuldigten in der DDR-Unrechtsjustiz auf Milde oder Gerechtigkeit nicht hoffen konnten, mußten sie froh sein, überhaupt einen Anwalt zu finden, der ihre Motive verstand und bei den Anklägern des Stasi-Staates zumindest Gehör fand.

Damit konnte Schnur aufwarten. Ebenso wie der Anwalt Wolfgang Vogel, Honeckers Sonderbeauftragter für humanitäre Fragen, übermittelte auch Schnur seinen Mandanten jeweils die besonderen Konditionen, unter denen das Stasi-Regime zu Zugeständnissen bereit war.

Doch der Versuch, es beiden Seiten recht zu machen, wurde mit den Jahren immer schwerer. Vor allem bei der Vertretung jener Bürgerrechtler, die im Anschluß an die Gegendemonstrationen zu den Gedenkfeiern zum 69. Jahrestag der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht im Januar 1988 verhaftet worden waren, gab es Probleme. Damals wollte die SED-Führung unbedingt eine schnelle Ausweitung der Oppositionsbewegung verhindern und die Verhafteten unverzüglich abschieben.

Mehrere der damaligen Untersuchungshäftlinge berichten, sie seien von Schnur über die tatsächliche Stimmung im Land und die Breite der Solidaritätsbewegung falsch oder gar nicht informiert worden.



Schnur beim Bittgottesdienst in Ost-Berlin*: „Sehr sachlich berichtet“



Ost-CDU-Generalsekretär Kirchner
Von der Stasi belastet

„Mein Anwalt Schnur“, so erinnert sich etwa der Bürgerrechtler Ralf Hirsch, „malte mir meine Zukunft bei Verweigerung der Ausreise nur in den finstersten Farben aus. Zehn Jahre Knast oder Ausreise.“

Nach und nach willigten so fast alle Verhafteten in die angebotene Abschiebung gen Westen ein. Nur Vera Wollenberger, die unbedingt in der DDR bleiben wollte, leistete noch lange Widerstand, bis Schnur auch sie überredete, einer Ausreise nach England zuzustimmen.

Zu denen, die mit ihrem Anwalt nicht zufrieden waren, gehört auch die Regisseurin Freya Klier, die nach ihrer Übersiedlung in einem Buch über Schnur und die Regierenden schrieb: „Hat er nicht

doch gemeinsame Sache mit ihnen gemacht?“

Der Bonner Abwehr erscheinen nun, nach den Akten-Funden in Rostock, die Angaben der Stasi-Überläufer in neuem Licht. Daß es sich dabei bloß um eine gezielte Verleumdungskampagne handle, davon mochten Fachleute des Bundesinnenministeriums vorigen Donnerstag „nicht mehr einfach ausgehen“. Als nahezu sicher nahm man an, daß die Stasi ihre Leute frühzeitig in den neuen Parteien und Gruppierungen plazierte habe. Dies sei bei der früheren Dichte des Spitzelnetzes nicht verwunderlich.

Mit anderen Augen lesen Bonner Agentenjäger nun auch ihre Akte über einen anderen hochrangigen Politiker in Kohls DDR-Allianz. Martin Kirchner, der Generalsekretär der Ost-CDU, ist ebenfalls von Stasi-Überläufern massiv belastet worden. „Da sagen die schon“, so ein Verfassungsschutz-Oberer, „das war 'ne Top-Quelle.“

Kirchner, 40, seit 1986 Mitglied des Evangelisch-Lutherischen Landeskirchenrates in Thüringen, bald dessen stellvertretender Vorsitzender, zugleich Mitglied der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, schließlich Oberkirchenrat, hatte stets tiefen Einblick in die Interna der Gegenmacht des SED-Staates.

Ein Kölner Verfassungsschützer gab an, Kirchner sei von einem ehemaligen, für die Kirche zuständigen Stasi-Mann belastet worden: Die Stasi habe den heutigen CDU-Mann bereits 1971 angeworben und unter Decknamen geführt.

Kirchner ist mit Grippe aus dem Wahlkampf ausgestiegen. Zu einer Stel-

* Im Februar 1988 in der Gethsemäne-Kirche.

lungnahme gegenüber dem SPIEGEL war er an seinem Krankenlager in Eisenach telefonisch nicht bereit.

Schnurs Bündnispartner und Berufskollege, der CDU-Chef de Maizière, erläuterte vergangene Woche, jeder DDR-Anwalt sei Anfeindungen und Anfechtungen ausgesetzt gewesen: „Ich habe denen immer gesagt, lassen wir es bei den bisherigen Kontakten.“ Anwälte wie Kirchenleute hätten immer wieder Berührung mit der Stasi gehabt, und: „Man kann keinem ins Herz sehen.“

Angesichts solcher und ähnlicher Probleme im DDR-Wahlkampf hält sich CDU-Ministerpräsident Lothar Späth bei seinem Engagement zurück. Man müsse vorsichtig sein, meint er. Zeige man sich Arm in Arm mit einem neuen Parteifreund drüben und dresche gemeinsam auf einen SPD-Mann ein, dann könne man unangenehme Überraschungen erleben. Leicht könne sich herausstellen, daß der Parteifreund noch vor sechs Monaten bei der Stasi und der SPD-Mann im Gefängnis gewesen sei – wegen jenes Parteifreunds.

Karrieren

Immer loyal

Held oder nur Maulheld? DSU-Chef und Ex-Pfarrer Ebeling stand bis zuletzt zum SED-Staat.

Schaut jetzt nicht zurück“, beschwor Pfarrer Hans-Wilhelm Ebeling beim Gründungsparteitag der Deutschen Sozialen Union (DSU) seine Parteifreunde, „schaut nach vorn, wo die Zukunft liegt.“

Ebeling, 56, Vorsitzender der inzwischen 40 000 Mitglieder starken Partei, hat Gründe für seine Vergangenheits-scheu. Die prosperierende DSU-Gemeinde soll nicht wissen, daß der Pfarrer mit dem sanften Blick noch ein Jahr vor seinem theologischen Examen als FDJ-Mitglied stramm zur Fahne stand, daß er es im maroden SED-Staat zu beachtlichem Wohlstand brachte und noch im Sommer 1989 einem aufmüpfigeren Amtskollegen von Stasi-Offizieren als Vorbild angedient wurde.

„Seien Sie vernünftig“, mußte sich damals Pfarrer Michael Turek von der Leipziger Markuskirche ermahnen lassen, „nehmen Sie sich ein Beispiel an Pfarrer Ebeling, mit dem gibt's nie Probleme.“ Der pflegeleichte Prediger hatte sich inmitten des „sozialistischen Mülls“ (Ebeling) jahrelang eine behagliche Nische geschaffen. Als er Ende 1989 in

atemraubender Geschwindigkeit die Wende vollzog – vom staatlicherseits gehätschelten Pfarrer der Thomaskirche zum flammenden Prediger gegen die „Katastrophe von 40 Jahren Kommunismus“ –, staunten Kollegen wie Genossen.

Er könne sich diese Wandlung schwer erklären, sagt Walter Jakel, der beim Rat des Bezirkes in Leipzig den Pfarrern beibrachte, was das SED-Regime unter „Staatsdisziplin“ verstand. Ebeling sei ein Typ gewesen, „mit dem konnte man Pferde stehlen, der hatte immer eine sehr loyale Haltung zu unserer Staatsordnung“.

Kontakte habe es überhaupt nur gegeben, wenn Ebeling ein Anliegen vorgetragen habe: 1987 sollte es ein Videorecorder sein, später eine elektronische Schreibmaschine und 1989 zwei russische Autos Marke „Lada“ – alles sei rasch, zollfrei und „zum Teil unter Umgehung geltender Gesetze“ für Ebelings Gemeinde beschafft worden.

Die Thomaskirche – durch den Thomanerchor berühmt, durch Bachs Wirken zeitlos geadelt – habe man, so Jakel, als vielbesuchtes Prestigeobjekt bevorzugt gefördert, sie sei bei Staatsbesuchen Fixpunkt der „Protokollstrecke“ gewesen. Ebelings Fähigkeit, „immer einen Minimalkonsens zwischen Staat und Kirche“ zu finden, habe sich dabei als hilfreich erwiesen.

Doch mittlerweile bläst dem wendigen Prediger von der DSU im heimischen Leipzig der Wind von allen Seiten ins Gesicht. „Ebeling, Du bist kein Christ“, verkündet ein Plakat an der Außenmauer des Restaurants „Stadt Kiew“, einen Steinwurf von der Thomaskirche entfernt, deren Geschicke Ebeling als Pfarrer seit 1976 leitete. Und Pfarrer Turek fordert,

wenn ausgerechnet Ebeling sich jetzt von der DSU als Protagonist der friedlichen Revolution in Leipzig feiern lasse, dann solle man die „Heldenstadt“ schleunigst umtaufen – in „Maulheldenstadt Leipzig“.

Während in der Nikolaikirche seit 1982 Friedensgebete stattfanden und sich nach und nach auch die anderen Innenstadtkirchen für die Protestbewegung öffneten, blieb die altehrwürdige Thomaskirche geschlossen bis zum 9. Oktober, dem Tag der Wende. „Am schlimmsten waren die letzten Wochen davor“, erinnert sich Karl-Heinz Bösel, der 14 Jahre lang unter Ebeling Küster an der Thomaskirche war, „da wurden die Leute wie die Hunde um unsere Kirche gejagt, da wurde geknuppelt, doch die Kirchtore blieben zu.“

Ebeling („Ich bin als Pfarrer angetreten, um Menschen zu helfen“) ließ kaum eine Gelegenheit ungenutzt, um dem Regime seine loyale Gesinnung zu beweisen. Noch im August stellte er drei hungerstreikenden Theologiestudenten in der Thomaskirche ein Ultimatum zum Verlassen der heiligen Hallen – die Kirche sei nicht die geeignete Bühne für politische Aktionen.

„Es ist wahr, das Kirchengebäude ist für mich ein heiliger Ort, ich habe die jungen Leute gefragt, warum sie sich nicht ins Rathaus setzen“, sagt Ebeling. „Der hatte doch nur Angst, daß die Motetten und Kantaten des Thomanerchors gestört werden könnten“, kontert ein junger Christ verbittert, „das war keine Kirche, sondern 'ne Musikhalle.“

Als Anfang Oktober die Protestwelle auf Leipzigs Straßen anschwellte, als nicht mehr ein paar Dutzend, sondern bereits Zehntausende durch die Innenstadt zo-



DSU-Chef Ebeling (M.): „Glatt wie ein Aal“

* Mit Bayerns Ministerpräsident Max Streibl und dem CSU-Vorsitzenden Theo Waigel am 28. Februar in Passau.